

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 4

Artikel: Die SP als Vermittlerin
Autor: Fünfschilling, Leonhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339704>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

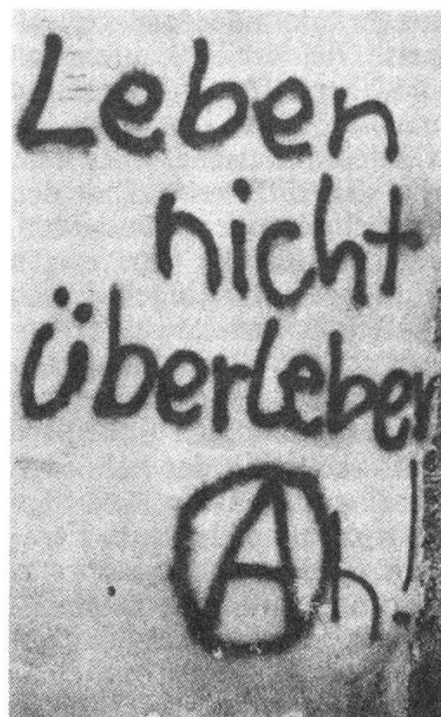
lutionärer Unschuld präsentiert, würde nicht ernst genommen. Was bleibt denn als Alternative, wenn die Veränderbarkeit und Reformierbarkeit der bürgerlichen Demokratie verneint wird? Der gewaltsame Aufstand, die revolutionäre Aktion. Den Glauben an eine derartige Möglichkeit haben seit langem selbst die europäischen Kommunisten verloren.

Man wird den Eindruck nicht los, dass gewisse «Linke» in der Partei in der Enttäuschung über die «Verbürgerlichung der Arbeiterschaft» mit Herbert Marcuse der Meinung sind, eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft sei nur vom Rande her möglich, weshalb sie sich so intensiv mit der Bewegung der «unzufriedenen Jugend» als einer sozialen Randgruppe befassen. Ich zitiere wiederum Hans Heinz Holz, der im genannten Werk zutreffend schreibt:

«Revolution ist eine Massenbewegung. Die Massen werden aber nur durch Bewusstwerden ihrer eigenen Interessen in Bewegung gesetzt; Agi-

tation hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie mit einer Interessenlage koinzidiert. Vom Rand der Gesellschaft her ist diese nicht umzustürzen; nur von innen heraus kann es gelingen, die Widersprüche der bestehenden Ordnung zu Tage zu fördern und sie zum Motor von historischen Veränderungen werden zu lassen... Nicht revolutionär sind deshalb alle Aktionen, die die Masse nicht ergreifen, das heisst deren aktuelle Bewusstseinslage und Interessen verfehlen. Darum ist jeder Maximalismus der Forderungen und Erwartungen falsch und schädlich, weil er die Avantgarde von ihrem Adressaten isoliert.»

Der Effekt maximalistischer und marginaler Aktivität liegt darin, dass die Sozialdemokratie es unterlässt, in geduldiger aber hartnäckiger und systematischer Arbeit im Sinne einer «langfristigen Strategie der massenhaften Aufklärung» (wie Habermas es nennt) die entscheidenden Fragen unserer gegenwärtigen Gesellschaft anzugehen. Vernachlässigt wird der Kampf um die Mitbestimmung in Be-



trieben und Unternehmungen, der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze, der Kampf um eine Umverteilung der Lasten in Staat und Gesellschaft, der Kampf gegen die Machtpositionen des oligopolistischen und multinationalen Kapitals. Den Vertretern eben dieses Kapitals kann es nur recht sein, wenn sich die Sozialdemokratie in Randgebieten aufreibt.

Leonhard Fünfschilling

Die SP als Vermittlerin

In Zürich haben die Jugendunruhen wohl mehr als in anderen Teilen unseres Landes zu einer Polarisierung der Meinungen und zu einer Verhärtung der politischen Fronten geführt. Während die Demonstrationen und Ausschreitungen von den einen als Ausdruck einer objektiven und subjektiven Notlage eines Teiles unserer Jugend gedeutet werden, welcher so

rasch wie möglich mit konstruktiven politischen Lösungen begegnet werden sollte, erscheinen sie den anderen als unverständliches Chaotikum, das letztlich die Zerstörung unseres demokratischen Rechtsstaates bezweckt und deshalb mit aller Härte bekämpft werden muss. Zu dieser Haltung neigten im Verlaufe der Ereignisse mehr und mehr auch die Behörden,

die sich direkt mit den Unruhen zu befassen hatten. Seither mehrte sich auf verschiedensten Gebieten die Repression. Die «bewegten» Jugendlichen haben zurzeit weder ihr immer wieder gefordertes autonomes Jugendzentrum (AJZ), noch sonst geeignete Räumlichkeiten für ihre Versammlungen.

Mit dem Hinweis auf die Gefahr neuer Ausschreitungen werden mittlerweile politische Grundrechte, wie das Demonstrations- und Versammlungsrecht, auch für politische Gruppierungen, die sich an die bestehenden Vorschriften halten wollen, ein-

geschränkt oder gar verweigert. Gleichzeitig häufen sich die Übergriffe der Polizei und neuestens auch der Justiz. Sozialdemokratische Richter, die sich differenziert zu den Ausschreitungen äusserten, wurden für die jetzt gegen Hunderte von Jugendlichen laufenden Prozesse als befangen erklärt. Sozialdemokratische Beamte, die sich an Parteiversammlungen kritisch mit der Politik der Behörden auseinandersetzten, wurden disziplinarisch bestraft. Fernsehen, Radio und Presse geraten unter Druck, wenn sie ihrer Informationsaufgabe objektiv nachkommen wollen.

Die SP und das AJZ

Die SP der Stadt Zürich hat ihre Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen der Jugendbewegung und den städtischen Behörden vor allem als eine vermittelnde aufgefasst, und diese Rolle versucht sie auch heute noch so gut wie möglich wahrzunehmen. Sie hat sich in die Ereignisse eingeschaltet, als Ultimaten von beiden Seiten jegliche Kommunikation und damit jede Aussicht auf eine konstruktive Lösung des Konflikts unmöglich machten. Es ging ihr dabei nicht um eine generelle Vermittlerrolle, sondern um die konkrete Vermittlung bei der Durchsetzung einer der Hauptforderungen der Jugendbewegung, der Forderung nach einem AJZ. Die SPZ hat sich sowohl der Jugendbewegung als auch dem Zürcher Stadtrat als Trägerschaft für dieses AJZ angeboten. Das Angebot wurde schliesslich von beiden Seiten angenommen, ein Vertrag mit der Stadt konnte abgeschlossen werden.

Mit diesem Vertrag wollte die SPZ erreichen, dass ein Frei-

Die Jugendunruhen könnten Anlass zu einer Denkwende für uns alle sein.

Mit der Polizei und Repression können die aufgeworfenen Probleme höchstens verschleiert, aber nie gelöst werden.

Diese Jugendunruhen sind ein Symptom für eine schleichende Krise in unserer Gesellschaft. Bundesrat Willi Ritschard

raum geschaffen werden konnte, der es den Jugendlichen ermöglichen sollte, sich zu organisieren und zu strukturieren, um dann später selber die Trägerschaft ihres AJZ zu übernehmen. Die SPZ war sich klar darüber, dass zumindest während einer Aufbauphase auch ein gewisser rechtlicher Freiraum notwendig war, dass bestehendes formales Recht nicht eingehalten werden konnte. Dies musste auch dem Stadtrat klar sein, wusste er doch zum Beispiel, dass die Jugendlichen sofort mit den Umbauarbeiten beginnen würden, ohne lange auf Baubewilligungen zu warten.

**Ein Herr im Tram:
«Das beste wäre, das Jugendzentrum wieder zu öffnen, und, wenn alle drin sind, bombardieren.»**

**Basler Zeitung,
17. 11. 1980**

Ihre Hauptaufgabe sah die SPZ darin, diesen Freiraum zu sichern. Dafür hat sie die Verantwortung übernommen und das politische Prestige der grössten Partei als Pfand gegeben. Nicht übernommen hat sie damit die Verantwortung für die verfehlte Jugendpolitik der letzten dreissig Jahre und deren jetzt sichtbar werdende Folgen. Die SPZ hat zudem versucht, beim Strukturierungsprozess den Benützern des AJZ Hilfe zu leisten. Sie tat dies nicht in erster Linie als Partei, sondern durch zahlreiche ihrer Mitglieder sowie durch ihr nahestehende Fachleute aus der Jugendarbeit.

Die Benützer des AJZ hatten dieses Konzept verstanden und entsprechend gehandelt. Bis zu der vom Stadtrat am 4. September 1980 verfügten Schliessung des AJZ fanden höchst bemerkenswerte Organisations- und Strukturierungsprozesse statt. Es zeigte sich, dass das vorhandene Selbsthilfepotential trotz unvermeidlicher Rückschläge immer wieder neue Erfahrungen und Lösungsansätze möglich machte. Es zeigte sich auch, dass das AJZ tatsächlich einem real vorhandenen Bedürfnis entsprach und dass es auch wesentlich zur Entschärfung der angespannten Situation beitrug.

Der Stadtrat und mit ihm die Mehrheit der Vertreter bürgerlicher Politik haben dieses Konzept im Grunde nie verstanden. Sie begriffen nicht, dass es sich dabei um einen mühsamen, aber unumgänglichen Entwicklungsprozess handelte, der viel Zeit und Toleranz erforderte. Es hätte jedoch auch nicht genügt, diesen Prozess einfach sich selbst zu überlassen. Vielmehr hätten die Behörden mithelfen müssen, Probleme zu lösen, die schon immer bestanden

haben, die nun durch die Existenz des AJZ nur offensichtlich geworden waren. Der Stadtrat hat stattdessen in bürokratischer Art und Weise Hindernisse aufgebaut und die Übernahme von Verantwortung durch die Jugendlichen selber dadurch verhindert, indem er stets die SPZ als allein verantwortlich bezeichnete. Diese Politik hat er nach der Schliessung des AJZ auch in seinen Verhandlungen mit anderen möglichen Trägern eines autonomen Jugendhauses weiterverfolgt. Nachdem diese Verhandlungen alle gescheitert sind, muss man sich fragen, ob es dem Stadtrat überhaupt einmal ernst gewesen ist mit seiner immer wieder betonten Gesprächsbereitschaft und dem verbalen Bekenntnis zum Gedanken der Selbstverwaltung. Die Entwicklung der Ereignisse spricht nicht dafür.

Die Opposition der «23»

Die Politik der SPZ, an zwei städtischen Delegiertenversammlungen diskutiert und mit grosser Mehrheit beschlossen, ist auch bei einem Teil der Parteimitglieder auf Opposition gestossen. Die Geschäftsleitung der Stadtpartei hat deshalb alle Sektionen aufgefordert, die bestehenden Probleme in ihrer Mitgliederversammlung zu diskutieren. Praktisch alle Sektionen haben sich in der Folge meist mit grossen Mehrheiten für den eingeschlagenen Kurs ausgesprochen. Trotzdem hielten es unsere Vertreter im Stadtrat in einem bestimmten Zeitpunkt der Ereignisse für nötig, sich öffentlich von der Partei zu distanzieren. Zudem drohten sie mit der Nichtbezahlung ihrer Parteiausgleichsbeiträge, sofern die Partei nicht bereit sei, ihre Politik zu ändern.

Sie erhielten dabei bald «Rückenstärkung» durch 23 Erstunterzeichner eines «Aufrufs an die Parteimitglieder», in welchem «...die Mitglieder unserer Partei, welche mit dem gegenwärtigen Kurs nicht einverstanden sind, (...) aufgerufen werden, sich wieder aktiv am Parteileben zu beteiligen». Es gelte, «...solcher Politik, die in das Sektierertum und in die Isolation...» führe, «...im Interesse unserer Sozialdemokratischen Partei Widerstand...» entgegenzusetzen. Richard Lienhard, ehemaliger Profilredaktor und Mitverfasser des «Aufrufs», liess den Tages-Anzeiger in einem Interview wissen, es gehe ihm «...um die Rückbesinnung auf das Wesen wahrer Sozialdemokratie, weg von Konfusion und chaotischem Trend...». Die Gruppierung der 23 «...sei gewillt, sich

auch organisatorisch zu formieren und bei aktuellen Auseinandersetzungen aktiv zu werden».

Was ist von dieser Aktion zu halten? Zunächst fällt auf, dass es sich beim grösseren Teil der 23 Erstunterzeichner des Aufrufs um ältere und zu meist verdiente Genossen handelt, die in den letzten Jahren aber nicht mehr sehr aktiv an den Meinungsbildungsprozessen in den dafür vorgesehenen Gremien unserer Partei teilgenommen haben. Geht es also lediglich um einen Generationenkonflikt? Sicherlich auch, und deshalb ist es zu begrüssen, wenn die «23» ihre inzwischen angeblich 500 «Gesinnungsfreunde» (Mitgliederzahl der SPZ: 4000) dazu aufrufen, sich wieder stärker am Parteileben zu beteiligen. Doch geht es noch um anderes: alte, längst verheilt geglaubte Wunden, die



am Anfang der siebziger Jahre geschlagen wurden, sind wieder aufgebrochen. Damals wie heute sind es die gleichen Gruppierungen in unserer Partei, die – nicht nur bezüglich der SPZ-Haltung zu den Jugendunruhen – gegensätzliche Positionen vertreten. Anlässlich eines Gespräches zwischen Vertretern des «Aufrufs» und der Geschäftsleitung der SPZ kam dies sehr deutlich zum Ausdruck. Am jugendpolitischen Engagement der SPZ wird weniger die Übernahme der Trägerschaft für das AJZ kritisiert als vielmehr ihre Position zu den Gewalttätigkeiten, die sich auf Zürichs Strassen ereignet haben. Die SPZ, so wird gesagt, habe sich nicht genügend von den Gewaltanwendungen distanziert.

Das Verhältnis der SPZ zur Frage der Gewalt

Diese Vorwürfe sind unhaltbar. Die SPZ hat im Verlaufe der Ereignisse mehrmals betont, dass für sie Gewalt kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein könne. Gerade deshalb hat sie aber auch mehrmals den unverhältnismässigen Einsatz staatlicher Gewaltmittel kritisiert. Sie hat auch immer wieder auf den nicht zu übersehenden

Zusammenhang zwischen diesen beiden Arten der Gewaltanwendung hingewiesen. Für die SPZ zeichnet sich der gerade von bürgerlicher Seite immer wieder als bedroht erklärte Rechtsstaat dadurch aus, dass er die staatliche Macht an Gesetze bindet und nicht dadurch, dass er politische Probleme zu juristischen erklärt, um sie mit massiven polizeilichen Einsätzen, zahllosen Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Strafverfahren zu «lösen». Weit mehr als durch zerbrochene Fensterscheiben wird der Rechtsstaat durch ungesetzliches Handeln staatlicher Organe gefährdet. Wer deshalb von der SPZ heute verlangt, dass sie sich noch mehr als es geschehen ist von den jugendlichen Gewalttätigkeiten hätte distanzieren müssen, verlangt im Grunde nichts anderes als die Billigung staatlichen Gewaltmissbrauchs gegen die aufmüpfige Jugend. Damit hätte aber die SPZ weder ihre Vermittlerrolle noch die Trägerschaft für das AJZ übernehmen können. Hierfür war ein minimales Vertrauen der Jugendlichen gegenüber der SPZ eine absolute Voraussetzung. Eine glaubwürdige Trägerschaft liess sich nicht trennen von einer bestimmten Position zu den Gewalttätigkeiten. Beides sind Aspekte

des Phänomens oder besser gesagt der Realität Jugendbewegung, einer Realität, die es in ihren Voraussetzungen und Konsequenzen zu verstehen gilt, wenn ernsthaft Lösungen für diese Probleme gefunden werden sollen.

Was not tut

Nach wie vor sind die Parteigremien der SPZ der Überzeugung, dass unsere Partei Wesentliches zur Lösung dieser Probleme beitragen kann und muss. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass sie ihre Kräfte nicht in internen Streitigkeiten verzettelt. Gerade in politisch schwierigen Zeiten gilt es, eine auf möglichst breitem Konsens beruhende Handlungsfähigkeit der Partei zu wahren und deren Einheit nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Einen Schritt in dieser Richtung haben die SP-Vertreter im Zürcher Stadtrat getan: Sie haben sich bereit erklärt, ihre Parteiausgleichsbeiträge wieder wie üblich an die Parteikasse abzuliefern. Bleibt zu hoffen, dass sich auch die «23» und ihre «Gesinnungsfreunde» an diesem Verhalten sinngemäss ein Beispiel nehmen.

(Leonhard Fünfschilling ist Präsident der SP der Stadt Zürich und Kantonsrat).

Andreas Lutz

Geschnetztes nach Zürcher Art

Eine «Erdbebenwarte» hat ein Zürcher Journalist die SP genannt. Er dürfte damit nicht Unrecht haben. Das Zentrum des jüngsten Bebens

an der Bahnhof- und Limmatstrasse hat nicht nur Zürich, sondern auch die SP in Brand gesetzt. Die Epizentren sind scharf registrierbar: Der

Stadtrat stieg geschlossen auf ein anderes Konto um. Die Oppositionsgruppe der Asos (Altsozialisten) formierte sich mit lautem Getöse im bürgerlichen Pressekonzert. Weit sichtbar flatterte ungewaschene SP-Unterwäsche durch den Blätterwald. Der exhibitionistische Drang einiger Genossen, sich möglichst nackt an bürgerlichen Marktplätzen den Hintern zu ver-sohlen, wurde mit gebühren-